

## Aktuelle Herausforderungen europäischer Netzpolitik

*Das Internet hat das Leben der Menschheit in den letzten Jahren so stark verändert, wie kaum eine Erfindung zuvor. Nicht nur in unserem täglichen Leben, sondern auch bei politischen Umbrüchen, wie dem „Arabischen Frühling“ spielt die Kommunikation über das Internet eine entscheidende Rolle. Diese Entwicklung ist gleichzeitig eine Chance und Herausforderung für die Politik und die Gesellschaft als Ganzes. Beispielhaft hierfür sind vor allem die Themen Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren und der Datenschutz im Internet.*

Ungefähr 99% der 14-29-jährigen benutzen Umfragen zufolge regelmäßig das Internet<sup>1</sup>. In der gleichen Altersgruppe lässt sich zunehmend ein steigender Grad an Politikverdrossenheit beobachten. Die Politik hat es bisher nicht ausreichend vermocht, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Im Gegenteil: Viele Bürger resignieren aufgrund unverständlicher Entscheidungsprozesse oder mangelnder Kommunikation. Werden Entscheidungen immer öfter als „alternativlos“ dargestellt, um jeglichen Diskurs zu vermeiden, trägt das nicht nur zur weiteren Frustration der Bevölkerung über die Politik bei, sondern behindert auch den öffentlichen Diskurs, von dem eine gesunde Demokratie lebt. Das Internet kann hier einen großen Beitrag leisten, um den Kontakt zwischen Bevölkerung und Politik wieder zu verstärken. Sicherlich ist das Internet nicht der Heilige Gral, der alle Probleme der Politik löst, aber es ist durchaus zu beobachten, dass eine große Zahl der Bürger sich über soziale Netzwerke und andere Plattformen organisiert, wodurch die Möglichkeit und Bereitschaft zur politischen Diskussion gefördert wird.

Aufgrund dieser immer stärkeren Stellung des Internets wird es zunehmend wichtiger, dass wir das Internet nicht als einen rechtsfreien Raum begreifen – was es auch nicht ist. Es ist wichtig, dass Bürger auch im Internet geschützt werden, ohne jedoch die Freiheit der Internetnutzer, aus der das hohe innovative Potential dieses Mediums stammt, ungerechtfertigt einzuschränken. Am großen Widerstand der Bevölkerung gegen die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung konnten wir beobachten, wie wichtig den Menschen ihre Rechte in dieser Hinsicht sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat, wie mehrere Verfassungsgerichte in anderen Mitgliedsstaaten der EU, die nationale Umsetzung der Richtlinie für verfassungswidrig erklärt. Auch der Evaluierungsbericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung und den Auswirkungen der Richtlinie hat gezeigt, dass weder ein Sicherheitsgewinn noch eine Harmonisierung der Rechtslagen innerhalb der Union zu beobachten ist. Wenn jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung der Richtlinie gegen Deutschland eingeleitet wird, noch bevor eine Revision

auf europäischer Ebene geschehen ist, grenzt das an Realitätsverweigerung seitens der Europäischen Kommission. Dogmatik vor Pragmatik lautet die Botschaft aus der Kommission.

Bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet hingegen konnte sich das effektivere und praktikable Vorgehen des „Löschen statt Sperren“ durchsetzen.

Gutachten haben gezeigt, dass eine Zensur verdächtiger Inhalte weder technisch sinnvoll ist, noch sicherstellt, dass betroffene Seiten aus dem Internet verschwinden<sup>2</sup>. Wenn man den Opferschutz und die Bekämpfung der Kinderpornografie wirklich ernst nimmt, muss man dafür sorgen, dass die Inhalte aus dem Internet entfernt werden und vor allen Dingen gegen die Verantwortlichen vorgegangen wird. Viele der Server, auf denen sich kinderpornografisches Material befindet, liegen in den USA und Westeuropa und somit durchaus in unserem Einflusskreis. Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments hat sich dieser Auffassung angeschlossen und wir konnten so in den Verhandlungen zur Richtlinie zur Kindesmissbrauchsbekämpfung durchsetzen, dass die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, Seiten mit kinderpornografischem Inhalt zu löschen, wenn sich die Server in ihrem eigenen Hoheitsgebiet befinden, sowie sich dafür einzusetzen, dass gegen diese Seiten auf Servern in Drittstaaten vorgegangen wird.

Neben der Vorratsdatenspeicherung und den Internetsperren muss weiterhin auch die Revision der Datenschutzrichtlinie genau beobachtet werden. Der technische Wandel hat sich gerade in den letzten Jahren rasant vollzogen und soziale Netzwerke und digitale Kommunikationsmittel haben Einzug in unser aller Leben gefunden. Mit dem Fortschreiten der Technik ist es nur richtig, dass die Datenschutzrichtlinie aus dem Jahre 1995 aktualisiert wird. Es muss sichergestellt sein, dass persönliche Daten der Bürger vor Missbrauch geschützt werden und Unternehmen Rechtssicherheit geboten wird. Um dieser Herausforderung mit einem guten gesetzlichen Rahmen begegnen zu können, ist es von größter Bedeutung, dass drei Hauptkriterien erfüllt werden: Zum einen muss die neue Richtlinie technikneutral formu-

### Alexander Alvaro



Alexander Alvaro ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2009 Vizepräsident des Haushaltsausschusses, sowie innenpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament. Seit 2011 ist er Mitglied des Präsidiums der FDP.